

Kritik am Koalitionsvertrag: 13-Stunden-Schichten gefährden die Gesundheit!

Der DGB Sachsen äußert Bedenken zu flexiblen Arbeitszeiten im Koalitionsvertrag, welche die Gesundheit der Beschäftigten gefährden könnten.

Sachsen, Deutschland - Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Sachsen hat sich kritisch zu den Inhalten des aktuellen Koalitionsvertrags geäußert, der am 11. April 2025 bekanntgegeben wurde. Positiv hervorgehoben werden dabei unter anderem Sondervermögen für die Sanierung alter Brücken, insbesondere in ostdeutschen Regionen, sowie die Einführung eines Industriestrompreises. Diese Maßnahmen sollen die Infrastruktur verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit in der Industrie stärken, heißt es im Bericht von **MDR**.

Markus Schlimbach, der sächsische DGB-Bezirksvorsitzende, kritisierte jedoch die geplanten Reformen in Bezug auf Arbeitszeitmodelle. Besonders besorgt äußerte er sich über die Absicht der Regierung, die tägliche Arbeitszeit in eine wöchentliche umzustellen. Dies könnte zu 12- bis 13-Stunden-Schichten führen, was die Gesundheit der Beschäftigten gefährden könnte. Besondere Bedenken äußerte Schlimbach über die Auswirkungen dieser Änderungen auf Arbeitnehmer in den Sektoren Einzelhandel, Gastronomie und Logistik.

Kritik an flexiblen Arbeitszeiten

Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten steht in direktem Widerspruch zu den Forderungen nach besserem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Während das Arbeitsministerium unter

Minister Heil weiterhin an einer modernisierten Kontinuität in den Arbeitsrechtsreformen arbeitet, besteht die Gefahr, dass die Gesundheit der Beschäftigten in den Hintergrund gedrängt wird. Diese Reformen beinhalten rechtliche Klarstellungen in wichtigen Bereichen, doch die Komplexität für Arbeitgeber soll ebenfalls reduziert werden, wie **DWF** berichtet.

Ein zentrales Element der neuen Arbeitsrechtsagenda ist die Einführung eines Mindestlohns von 12 Euro pro Stunde, was ein Wahlversprechen der SPD und von Kanzler Scholz erfüllt. Zudem soll der 8-Stunden-Tag weiterhin bestehen bleiben, während tarifliche Flexibilisierungen der Arbeitszeiten in Aussicht gestellt werden. Dies könnte zu einer ungewollten Ausdehnung der Arbeitszeiten führen, wie von Gewerkschaftsvertretern befürchtet wird.

Erweiterungen im Arbeitsrecht

Weitere Änderungen im Arbeitsrecht umfassen eine Begrenzung von Kettenbefristungen auf sechs Jahre und eine geplante Reduzierung sachgrundloser Befristungen. Auch die Entgelttransparenz wird weiter gefördert, um eine gerechtere Bezahlung zu gewährleisten. Insbesondere für die Arbeitnehmer soll es vereinfachte Wege zur Geltendmachung von Ansprüchen geben. Dennoch bleibt die Sorge um die arbeitenden Menschen bestehen, da die Reformen auch Kollektivverhandlungen und den Bestandsschutz für Tarifverträge im Fokus haben.

Insgesamt sieht die Gewerkschaft eine Diskrepanz zwischen den angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den tatsächlichen Auswirkungen der geplanten Flexibilisierungen. Die kommenden Monate werden zeigen, wie sich die Politik auf die Lebensrealitäten der Arbeitnehmer auswirken wird und ob die Gesundheitsfragen tatsächlich vorrangig behandelt werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Sachsen, Deutschland
Quellen	• www.mdr.de • dwfgroup.com

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de